

Stellungnahme

The logo of the German Trade Union Confederation (DGB) is a red parallelogram with the white letters "DGB" inside.

Referentenentwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der gesetzlichen Unfallversicherung

Mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf möchte das Bundesministerium für Arbeit und Soziales einige Regelungen zur Gesetzlichen Unfallversicherung ändern und nimmt dabei veränderte Arbeits- und Lebensbedingungen in den Blick. Insbesondere betrifft dies die Erweiterung des Unfallversicherungsschutzes für Arbeitnehmer*innen im Ausland, auf neue Gegebenheiten bei der Kinderbetreuung sowie auf Personalauswahlverfahren. Zudem soll das Sterbegeld vor dem Hintergrund der Preisinflation der jüngeren Vergangenheit angehoben werden.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften begrüßen den vorliegenden Entwurf. Positiv ist unter anderem die Verbesserung des Unfallversicherungsschutzes für im gefährlichen Ausland Arbeitende sowie die Anhebung des Sterbegeldes. Vor dem Hintergrund gestiegener Begräbniskosten ist dies vor allem für einkommensschwächere Hinterbliebene eine deutliche, zumindest finanzielle Erleichterung.

Sehr geclückt ist außerdem die Ergänzung des § 8 Abs. 2 nach Satz 1 um die – nun neuen – Sätze 2 und 3. So wird lebensnah und praxisgerecht die oftmalige Realität, dass de jure nicht in Personensorge stehende, aber Verantwortung für Kinder übernehmende Personen bei Verbringung derselben in und aus Kindertageseinrichtungen oder Schulen im Falle von Wegeunfällen nun unter den Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung fallen.

Die Angleichung des Versicherungsschutzes bei selbst initiierten an von der Bundesagentur für Arbeit vermittelte Personalauswahlverfahren ist ebenfalls zu begrüßen.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften unterstützen das Ziel den gesetzlichen Unfallversicherungsschutz zu modernisieren und an neue Lebens- und Arbeitsbedingungen anzupassen. Insgesamt erreicht der vorliegende Gesetzesentwurf dieses Ziel durch sinnvolle Ergänzungen und ist dadurch im Sinne der Versicherten.

22. März 2024

Kontaktperson:
Sebastian Schneider
Referat für Prävention, gesetzliche
Unfallversicherung und
europäische Arbeitsschutzpolitik
sebastian.schneider@dgb.de
Abteilung Sozialpolitik

**Deutscher Gewerkschaftsbund
Bundesvorstand**
Keithstr. 1, 10787 Berlin